

Sächsische Krankenhäuser fordern Unterstützung vom Bund

Anlässlich ihres sächsischen Krankenhaustages fordern die sächsischen Krankenhäuser aufgrund der Pandemie, der Inflation, des Personalmangels und massiver Preissteigerungen durch die Energie- und Wirtschaftskrise schnelle und unbürokratische Hilfen. Das Ziel dieser Hilfen soll sein, die Patientenversorgung zu sichern. Die konkreten Forderungen an die Bundesregierung sind ein Inflationsausgleich, die Kompensation Covid-19-bedingter Mehrkosten, ein unbürokratischer und zugleich sicherer Zuschlag und ein Mechanismus, damit die Budgets der Kliniken nicht mit vergangenen Situationen verhandelt werden, sondern die

aktuelle Lage mit einbezogen wird. Betroffen sind laut der Krankenhausgesellschaft Sachsen alle Kliniken im Freistaat. Den Wirtschaftsprüfungen zufolge wären 2023 ohne Hilfen 40 Prozent der sächsischen Kliniken insolvenzgefährdet. Doppelt so viele würden im nächsten Jahr rote Zahlen schreiben. Die Krankenhausgesellschaft beziffert allein die Summe der ungedeckten Sachkosten auf circa 150 Millionen Euro. Die Sachkosten, die früher 30 bis 40 Prozent betragen, würden mittlerweile einen Anteil von 50 Prozent ausmachen. Die Forderungen gelten unabhängig von der Trägerschaft der Krankenhäuser. Begründet wird dies damit,

dass alle Krankenhäuser den Versorgungsauftrag des Staates wahrnehmen, ganz gleich ob privat, konfessionell oder staatlich. Für die sächsische Krankenhausgesellschaft stehe ebenfalls fest, dass Kredite und Liquiditätshilfen nicht zur Lösung des Problems beitragen. Es seien dauerhafte Lösungen notwendig. Die Probleme seien bereits seit längerer Zeit bekannt und wurden durch die Pandemie oder Energie- und Wirtschaftskrise lediglich an die Oberfläche getragen, da sich die Lage zu einer existenzbedrohenden Situation ausgeweitet hätte. ■

Daniela Koban
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit